

POLITALK

Gendern: Angebliche Inklusion



Martha Jakob, Schulleiterin Sonderpädagogik, Unternehmerin, Kantonsratskandidatin GLP

Liebe:r Leser*in
Gendern ist eine elitäre, sprachliche Realsatire. Die Platzierung von Doppelpunkten oder Sternchen in Wörtern erschwert Kindern das Erlernen einer sowieso schwierigen Sprache, ergibt keinen Sinn und hat in Klassenzimmern nichts zu suchen. Befürworter dieser angeblich inklusiven Sprache argumentieren, sie würden damit alle Menschen sichtbar machen, sie machen aber das Gegenteil. Inklusion bedeutet gemäss Duden «das Mit-einbezogen-Sein; gleichberechtigte Teilhabe an etwas». Wenn man also behauptet, «liebe Gäste» beinhalte nicht alle Geschlechter, betreibt man eine Exklusion, das Gegenteil einer Inklusion; man schliesst Menschen aus. Es kann ihnen auch niemand sagen, welche Wortschöpfung korrekt wäre: «Liebe Gast:innen» oder «Liebe Gäst:innen»? Wären es «Franzö:innen» oder «Franzö:s:innen»? Der Duden kennt keine Begriffe mit einem Satzzeichen irgendwo in der Mitte des Wortes. Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau identifizieren, sind Teil unserer Gesellschaft. Dass sie zu uns gehören, müssen wir gescheiter darlegen, anstatt Texte schwerer lesbar zu machen.

Junge Kandidierende unter sich

Politikerinnen und Politiker verschiedener Jungparteien diskutierten über Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt

Matthias Lütcher und Nina Maute (JGLP) stellten mit dem «Speed-Debating» einen Anlass für Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker auf die Beine.

Kantonsratswahlen Wie steht ihr zur Individualbesteuerung, wie zur Einführung eines Prostitutionsverbots im Kanton Zürich? Und braucht es für Neubauten stärkere Vorschriften bezüglich Umweltfreundlichkeit? Diese und weitere Fragen wurden am vergangenen Samstag im Quartiertreff «Am Wildbach» diskutiert. Die Junge Grünliberale Partei Winterthur lud dort zum überparteilichen «Speed-Debating» ein. Neun Politikerinnen und Politiker von fünf Winterthurer Jungparteien, die alle an den Kantonsratswahlen vom 12. Februar antreten, nahmen teil. Von der Juso und der JSVP kamen keine Kandidierenden an den Event. Den Anlass organisierte JGLP-Politiker Matthias Lütcher mit der Unterstützung von Parteikollegin Nina Maute. Ziel der Veranstaltung war es, den jungen Politikerinnen und Politikern eine Plattform zu bieten, wo sie sich und ihre Kandidaturen präsentieren konnten.

Drei mal drei
Das «Speed-Debating» lief folgendermassen ab: An drei Themen-Tischen – Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt – trafen in insgesamt drei Runden wechselnd drei Kandidierende aufeinander und debattierten während zwanzig Minuten. Die Fragen, die sie diskutierten, standen auf Karten, von denen sie eine oder mehrere ziehen mussten. Die Zeit behielten sogenannte «Time-Keeper», die mit am Tisch sassen, im Blick. Nach zwölf Minuten gab es einen Unterbruch, der es

dem – nur sehr spärlich vorhandenen – Publikum ermöglichte, den Kandidierenden Fragen zu ihren Statements zu stellen.

Sachliche, intensive Gespräche
Bevor sie an den Themen-Tischen Platz nahmen, stellten sich die Politikerinnen und Politiker kurz vor. Die Anwesenden erfuhr nicht nur, wofür sie sich politisch einsetzen, sondern auch, was sie beruflich machen und welchen Hobbys sie nachgehen. Ausserdem mussten alle Jungkandidierenden die Frage beantworten, mit wem sie gerne einmal einen Abend lang diskutieren würden. Die Antworten darauf fielen unterschiedlich aus: So würde sich David Noser (Jungfreisinnige) gerne mit Bundesrat Alain Berset unterhalten – «das wäre aktuell bestimmt sehr spannend» –, Alexandra Stadelmann (Die Mitte) mit Comedian Stefan Büsser und Nils Matter (Jungfreisinnige) mit der ebenfalls anwesenden Viviane Kägi (JGLP). Die beiden hätten bereits einmal während eines Instagram-Livestreams miteinander diskutiert und er würde das gerne wiederholen, «auch wenn sie in einer anderen – in der falschen – Partei ist», wie er schmunzelnd hinzufügte. Die Diskussionen an den Themen-Tischen verliefen sachlich und respektvoll. Als Matthias Lütcher das «Speed-Debating» nach rund einhalb Stunden für beendet erklären wollte, waren die Debatten noch in vollem Gange. «Ihr könnt gerne noch lange weiterdiskutieren», sagte Lütcher sichtlich erfreut, zögerte dann kurz und wandte sich an Parteikollege Benedikt Oeschger: «Wann genau müssen wir den Raum eigentlich wieder abgeben?»

Larissa Jurczek



Von links: Nina Maute (JGLP) und Alexandra Stadelmann (Die Mitte) mit Benedikt Oeschger (JGLP), der während den Diskussionsrunden die Zeit stoppte.

Bilder: jul



Michael Zundel (Junge Grüne) am Themen-Tisch «Wirtschaft».

Vandalen machen vor keiner Partei halt

Am 12. Februar 2023 sind Kantonsrats- und Regierungsratswahlen

Die SVP Winterthur hat wegen zerstörter Wahlplakate eine Strafanzeige eingereicht. Den anderen Parteien geht es nicht besser.

Wahlen Unübersehbar ist in Winterthur der Wahlkampf gestartet: An scheinbar jeder freien Fläche lächeln derzeit die Politiker von den Plakaten herab und machen Versprechungen. Dass Vandalen von solchen Plakaten angezogen werden wie Motten vom Licht, ist seit Jahren ein Problem. Und bereits jetzt sind den Politikern Schnäuze aufgemalt oder deren Gesichter zerkratzt. In diesem Jahr gehen die Vandalen aber einen Schritt weiter.

«Während es Schmierereien auf Plakaten schon früher gegeben hat, werden die Plakate jetzt gleich abmontiert und mitgenommen. Auch der Diebstahl einer Blache in der Grösse von 1.76 x 3.40 Meter ist für die SVP Winterthur neu», schreibt die Partei in einer Mitteilung. Acht Plakate seien zerstört worden. «Die SVP verurteilt Sachbeschädigungen im Rahmen des Wahlkampfes aufs Schärfste – und dies gilt ausdrücklich auch für Plakate anderer Parteien», so die Partei weiter. Die SVP hat bei der Polizei Strafanzeige eingereicht. Im Gespräch mit anderen Parteien zeigt sich, dass es ihnen nicht anders ergeht. Auch sie beklagen Vandalenakte, wenn auch nicht al-

le in gleichem Ausmass. Strafanzeige hat nur die SVP eingereicht. **SP:** «Auch bei uns ist es zu gestohlenen und zerstörten Plakaten gekommen, jedoch nur sehr vereinzelt», sagt Michael Stampfli, Vizepräsident SP Winterthur. Gesichert seien fünf Fälle. «Der finanzielle Schaden hält sich daher sehr in Grenzen, weshalb wir auf eine Strafanzeige verzichtet haben.» **GLP:** Das Wort «Greenwashing» prangt auf verschiedenen Plakaten der GLP. «Wir haben an einzelnen privaten Plakatstellen Verschmierungen und Überschreibungen festgestellt – diese Plakate werden ersetzt», sagt Urs Glättli, Co-Präsident GLP Winterthur. Er betont: «Wir verurteilen Vandalenakte aufs Schärfste.» **Grüne:** Im Stadtteil Töss – im Quartier von Kantonsrat Florian Heer – wurden laut Reto Diener, Co-Präsident Grüne Bezirkspartei, verschiedene Plakate herunter- und abgerissen. Auf eine Anzeige habe man aber verzichtet.

FDP: Die FDP habe viele Plakate sowohl auf privatem als auch auf bezahltem Grund aufgestellt. «Bis zum Wochenende vom 14. Januar hatten wir keine Kenntnis von Vandalenakten. Am Sonntag habe ich ein Plakat im Stadtzentrum entdeckt, das teilweise überklebt war», berichtet Dieter Kläy, Parteipräsident FDP Winterthur. Sandro Portmann

POLITALK

Grün macht vorwärts – in der Wärmeversorgung!



Reto Diener, Stadtparlamentarier Grüne Winterthur

Wasser und Strom beziehen wir längst über öffentliche Netze, weshalb gibt es etwas Vergleichbares für die Wärmeversorgung nicht auch? In der Stadt sind Fernwärme aus der KVA und verschiedene Heizzentralen mit Holz aber gute Startpunkte dazu. Und: Das Netz soll nun deutlich erweitert werden. Bis 2040 müssen andererseits alle Gas- und Öl-Heizungen ersetzt werden. Das Wärmenetz ist dazu ein wichtiger Hebel. Wir brauchen ein öffentliches Netz, welches alle nutzbaren, erneuerbaren Wärmequellen integriert, die Energie effizient nutzt und in die Quartiere verteilt. Der neue Energieplan, eben in Kraft getreten, bildet die Grundlage dazu. Stand heute wird erst rund 25 Prozent der in der Stadt bezogenen Wärme so bereitgestellt. Das sollte auf mindestens 50 bis 60 Prozent gesteigert werden, Netto-Null duldet aber

auch hier keine Verzögerung mehr. Deshalb ist für die Grünen unverständlich, dass weitere lokale Wärmequellen wie das Grundwasser oder die Abwärme der neuen Rechenzentren (Neuhegi) nicht rasch angegangen werden. Wir fordern vom Stadtrat mit einem neuen Vorstoss, dass auch letztere in die Energieplanung aufgenommen wird, ebenso, dass ein Umsetzungskonzept zur Integration in die bestehenden Netze erstellt wird. Der Vollausbau der Anlage in Neuhegi lässt den Stromverbrauch der Stadt um 50 Prozent anschnellen. Aus den Gebäuden fallen grosse Mengen von Abwärme an, die bis anhin nur die Umgebung «heizen». Grün verlangt deshalb kantonal wie kommunal, dass auch diese Wärme genutzt wird. Damit die Wärme überall bis in die Häuser gelangt, muss das Netz ausgebaut werden. Das ist von der Stadt nun eingeplant. Nicht verständlich ist aber, dass die Feinverteilung in den Quartieren teilweise von Hauseigentümern selbst organisiert werden soll. Die Koordination dazu ist von den Privaten kaum zu leisten. Das ist eine Netzaufgabe, genau wie die Wasserverteilung. Stadtwerk muss diese Dienstleistung bis zu den einzelnen Häusern anbieten. Auch das fordert Grün in einem eben eingereichten Vorstoss.

Anzeige

Jürg Hoss • Liquidator

Liquidation

Im Auftrag gelangt die komplette Einrichtung eines gepflegten Hauses im Detail zum Verkauf.

Bilder und Details: www.hoss-liquidator.ch

Freie Besichtigung und Verkauf:

Freitag, 27. Januar 2023 von 9.00 bis 17.00 Uhr

Samstag, 28. Januar 2023 von 9.00 bis 12.00 Uhr

Winzerstrasse 22, 8400 Winterthur

www.hoss-liquidator.ch